

651/J XXV. GP

Eingelangt am 17.02.2014

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Dr. Walter Rosenkranz
und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend
betreffend eklatanter Fall von Sozialtourismus in Krems – Rumänin beantragt
für 13 Kinder Familienbeihilfe

Wie die FPÖ informiert worden ist, soll sich am Finanzamt Krems vor kurzem ein Fall ereignet haben, wonach eine Frau aus Rumänien gleich für 13 (!) Kinder (darunter nicht nur eigene, sondern auch adoptierte) die Familienbeihilfe beantragt haben soll.

Der zuständige Finanzbeamte soll erstaunten Bürgern, vor deren Augen der Vorfall sich ereignet hat, gesagt haben, dass dies alles rechtens wäre, da ja für in Österreich lebende EU-Bürger dasselbe Recht gelte, wie für Österreicher.

Beihilfe für 13 Kinder?

Aufreger | FPÖ-Nationalrat Rosenkranz will „Sozialtourismus“ im Parlament hinterfragen.

KREMS | Eine Begebenheit, die FPÖ-Nationalrat Walter Rosenkranz aus dem Finanzamt Krems zu Ohren gekommen ist, möchte der Kremsner Politiker zum Inhalt einer parlamentarischen Anfrage machen. Demnach habe eine Frau aus Rumänien gleich für 13 (!) Kinder die Familienbeihilfe beantragt!

„Manche Bürger in der Warteschlange vor dem Serviceschalter trauten ihren Augen und Ohren nicht, als sie diesen Antrag mitbekommen haben“, erzählt Rosenkranz die Geschichte. Eine Mutter aus Rumänien

stellte den Antrag, ihr für 13 Kinder die Familienbeihilfe zu bewilligen. Natürlich nicht nur eigene Kinder, sondern auch adoptierte: „Alle rumänischen Dokumente waren feinsäuberlich vorbereitet.“

Die Bürger fragten beim Beamten des Finanzamtes nach, ob das alles so gesetzlich gedeckt ist. „Der Beamte meinte, grundsätzlich ja, weil für EU-Bürger, die in Österreich leben, gelte ja dasselbe Recht wie für Österreicher“, so Rosenkranz. „Das ist auch so richtig! Eine Segnung der EU ist eben das

Diskriminierungsverbot! Dass wir Österreicher durch solche erlaubten Praktiken eigentlich diskriminiert werden, sieht natürlich außer uns Freiheitlichen niemand!“, bringt der Mandatar die politische Komponente ins Spiel.

Und das natürlich auch im Hinblick auf die bevorstehende EU-Wahl: „Das hemmungslose Ausnützen unseres teuer aufgebauten Sozialsystems muss auch in der EU abgedreht werden. Die Freiheitlichen werden sich klar gegen diesen Sozialtourismus positionieren!“



Nationalrat Walter Rosenkranz.

(NÖN vom 27. Jän. 2014, S. 15)

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend die folgende

Anfrage

1. Ist Ihnen der in der Begründung beschriebene Fall bekannt?
2. Wenn ja, für wie viele Kinder wurde letztlich die Familienbeihilfe von der Frau beantragt und für wie viele Kinder wurde die Familienbeihilfe genehmigt?
3. Wenn ja, wie viele davon sind adoptierte Kinder?
4. Wenn ja, auf welchen Gesamtbetrag beläuft sich die in Summe für alle Kinder monatlich gewährte Familienbeihilfe?
5. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass derartig eklatante Fälle von Sozialtourismus, wie der oben angeführte, in Zukunft abgestellt werden?
6. Wenn ja, wie?
7. Wenn nein, warum nicht?